Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4840

21.06.89

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN

Zur politischen Entwicklung in Ungarn

Ungarn hat eine grundlegende Reform des politischen Systems eingeleitet, die zu einer parlamentarischen Demokratie mit mehreren Parteien, zu gesicherten Menschenrechten und Gewaltenteilung, zu Rechtsstaatlichkeit, Institutionenpluralismus, Medienvielfalt und Transparenz des öffentlichen Lebens führen soll. Neue politische Parteien und gesellschaftliche Institutionen haben sich konstituiert oder sind im Entstehen begriffen. Regierung und Opposition haben einen umfassenden politischen Dialog begonnen, um den Umgestaltungsprozeß auf eine breite Basis zu stellen.

Gleichzeitig ist Ungarn dabei, seine Wirtschaft in Richtung auf mehr Marktwirtschaft umzugestalten. Die hierfür notwendigen Gesetze sind teilweise bereits in Kraft getreten, weitere Schritte sind in Vorbereitung. Ausländischen Unternehmen werden neue Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet. Ungarn strebt eine engere Verflechtung mit der Weltwirtschaft an.

Parallel zum Reformprozeß im Inneren hat sich Ungarn auch außenpolitisch geöffnet und die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn erheblich erweitert. Ungarn gewährt seinen Bürgern weitgehende Freizügigkeit einschließlich des Rechts, ins Ausland zu reisen. Es hat an seiner Westgrenze die menschenverachtenden Grenzsperren des Eisernen Vorhangs teilweise beseitigt. Seinen ethnischen Minderheiten wird schon seit langem ein politischer Status der Gleichberechtigung gewährt, der es diesen ermöglicht, ihre kulturelle Identität zu wahren. Diese Politik ist richtungsweisend auch für andere Länder in Osteuropa.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die aktive und ausgleichende Rolle, die Ungarn in multilateralen Foren, insbesondere im KSZE-Prozeß, und im Rahmen der Vereinten Nationen spielt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die bisherige gute Zusammenarbeit mit Ungarn im internationalen Rahmen fortzusetzen und zu intensivieren.

Der Deutsche Bundestag begrüßt besonders die aktive Beteiligung Ungarns an der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Rahmen der Interparlamentarischen Union. Er heißt die parla-

mentarischen Vertreter Ungarns herzlich willkommen, die in Kürze neben Jugoslawien, Polen und der Sowjetunion als Gäste in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mitarbeiten werden.

Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt diese Entwicklung zu demokratischen und pluralistischen Verhältnissen als wichtigen Beitrag zur Vertrauensbildung zwischen Ost und West und zur Förderung der systemöffnenden Zusammenarbeit im Sinne der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Der Deutsche Bundestag hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Fragen des Umweltschutzes einen hohen Stellenwert in der ungarischen Politik einnehmen. Er begrüßt, daß die ungarische Regierung beschlossen hat, das Donaustauwerk Nagymaros nicht zu bauen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die nachdrückliche Unterstützung des Prozesses der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Demokratisierung, Pluralisierung und Öffnung in Ungarn durch die Bundesregierung. Er äußert seine Befriedigung über den Stand der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet. Die deutsch-ungarische Zusammenarbeit hat Modellcharakter für partnerschaftliche Beziehungen zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auch weiterhin der in Ungarn lebenden deutschen Volksgruppe finanzielle und ideele Unterstützung für die Pflege ihrer Traditionen und ihrer Kultur zu gewähren.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die notwendige Umstrukturierung der ungarischen Wirtschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter zu fördern. Der Deutsche Bundestag hat mit Befriedigung den Abschluß des Kooperations- und Handelsabkommens mit der EG zur Kenntnis genommen, das einen festen Rahmen für die Aufhebung mengenmäßiger Handelsbeschränkungen vorsieht. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Antrag Ungarns auf Aufnahme des politischen Dialogs mit den Zwölf im Rahmen der EPZ zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in der EG für eine volle Ausschöpfung des Abkommens zwischen der EG und Ungarn einzusetzen und darauf hinzuwirken, daß

– die Handelsbeschränkungen möglichst schnell abgebaut werden,
– der Vertretung der Ungarischen Volksrepublik bei der Europäischen Gemeinschaft eine ihren Aufgaben voll angemessene personelle Besetzung ermöglicht wird,
– die Volksrepublik Ungarn frühzeitig über die Entwicklung von EG-Normen informiert wird,
– zügige Verhandlungen mit EGKS aufgenommen werden können mit dem Ziel, ein bilaterales Abkommen zu erreichen, das den Handelsaustausch auch in diesem Bereich fördert,

- der Agrarhandel in beiden Richtungen intensiviert werden kann und Ungarn bei bestimmten Produkten von Fall zu Fall bessere Marktzugangschancen in der EG erhält,
- die Europäische Investitionsbank Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionsprojekte in Ungarn prüft,
- Ungarn die Möglichkeit erhält, sich an einzelnen EUREKA-Projekten zu beteiligen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Intensivierung der Kooperation zwischen deutschen und ungarischen Unternehmen, auch und gerade im Bereich der Mittel- und Kleinbetriebe. Insbesondere Joint Ventures können einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung Ungarns leisten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Deutsche Wirtschaft auf, die Zusammenarbeit mit Ungarn zu intensivieren und dabei auch die Ausbildung betrieblicher Fach- und Führungskräfte in Ungarn zu fördern, sowie die Direktinvestitionen zu verstärken.

Bonn, den 21. Juni 1989

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333